

NAHOST Volker Perthes macht ausgerechnet Iran und Saudi-Arabien als die zukünftigen Stützen einer regionalen Sicherheit aus



Mädchen in Aleppo, wo sich seit mehr als drei Jahren Regime und Rebellenmilizen erbitterte Kämpfe auf Kosten der Zivilbevölkerung liefern Foto: reuters



Die Lobby verliert ihren Ausweis

Man kann nur sagen: Endlich. Die Luxemburg-Steueraffäre holt ihre Profiteure ein, und die Lobbyisten der internationalen Konzerne, die eine Aussage vor dem zuständigen Ausschuss in Brüssel verweigern, sollen jetzt ihre Ausweise und damit den Zugang zum EU-Parlament verlieren.

Alle Fraktionen außer den Rechtskonservativen einigten sich auf den Vorschlag des Grünen Sven Giegold, einen entsprechenden Antrag bei Parlamentspräsident Martin Schulz einzureichen. Auf der schwarzen Liste stehen dann unter anderem Amazon, Coca-Cola, Facebook, Fiat Chrysler, Google, McDonald's und und und.

Weniger Zeit für NGOs und Thinktanks

Die EU-Parlamentarier fordern darüber hinaus die Löschung der Firmen aus dem gemeinsamen Transparenzregister von EU-Parlament und EU-Kommission. Das wäre durchaus eine Strafe. Denn Kommissionspräsident Juncker, seine Kommissare und die mächtigen Generaldirektoren haben sich verpflichtet, sich ausschließlich mit Vertretern von Firmen zu treffen, die im Transparenzregister verzeichnet sind. Wer von dieser Liste fliegt, der verliert den Zugang zum inneren Machtzirkel der EU.

Seit Dezember 2014 haben über 4.000 Treffen zwischen Mitgliedern der EU-Kommission und Lobbyisten stattgefunden – mehr als 75 Prozent davon mit Unternehmen. Für Nichtregierungsorganisationen (18 Prozent) oder Thinktanks (4 Prozent) hatte die Kommission deutlich weniger Zeit, wie aus einer neuen Untersuchung von Transparency International hervorgeht (<http://bit.ly/1ih-1zXA>).

Rund 20.000 Lobbyisten nehmen in Brüssel Einfluss auf die EU-Institutionen. Etwa 70 Prozent davon arbeiten für Firmen und Verbände. Sie genießen – noch – den privilegierten Zugang zu den Institutionen. Bis ihnen die Ausweise entzogen werden.

Der Autor ist Redakteur der taz Foto: privat

Zwei Böcke als Gärtner

VON CHRISTIANE MÜLLER-LOBECK

Sie gehört dieser Tage neben dem Bekenntnis zur freundlichen Aufnahme von Flüchtlingen in jede Politikerrede: die Beteuerung, man müsse auch die Fluchtursachen bekämpfen. Damit es nicht bei solchen Sonntagsreden vor laufender Kamera und sächsischer Kleinstadtkulisse bleibt, gibt es im Bauchraum der Politik Berater wie Volker Perthes. Von der Stiftung Wissenschaft und Politik, der er vorsteht, lassen sich Bundestag und Bundesregierung seit Jahren die Funktionsteile warten. In dem Band „Das Ende des Nahen Ostens, wie wir ihn kennen“ macht der langjährige Beobachter der Region seine jüngsten Lösungsvorschläge einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich.

Daran ist schon allein erstaunlich, dass jemand überhaupt noch von Lösungen spricht, haben doch sowohl örtliche als auch internationale Akteure für Nahost zuletzt kaum Konstruktives in den Blick genommen. Perthes macht im Nahen Osten, den er weit fasst, indem er den Maghreb, den Iran und die Türkei einbezieht, zunächst mal eine Zeitenwende aus.

Ausgelöst durch den Arabischen Frühling – die Aufkündigung des, wie er es nennt, „ungeschriebenen Gesellschaftsvertrags“, demzufolge autoritäre Regime im Austausch für wirtschaftliches Wachstum von der Bevölkerung akzeptiert wurden

–, befinde sich die postosmanische Ordnung heute in völliger Auflösung, mit einer Reihe von gescheiterten Staaten und solchen, die es werden könnten.

Anders als früher gebe es keine ausländische Macht mehr, der es noch darum gehe, „Regimewechsel“ zu forcieren oder Staaten in der Region neu zu ordnen. China hat sich in dieser Hinsicht ohnehin immer zurückgehalten; die meisten Europäer haben schon die Irak-Politik von George W. Bush abgelehnt und sind – wie zuvor bereits Russland beziehungs-

weise die Sowjetunion – durch ihre Afghanistan-Erfahrungen skeptischer geworden, was ihre Möglichkeiten im Hinblick auf umfassende Transformationsprozesse in Ländern außerhalb des eigenen Kulturkreises anbelangt. Die USA schließlich haben aus dem Irak-Krieg gelernt.“

Berufsbedingt konzilient merkt Perthes an, gerade Europa sei, nachdem es wenig getan habe, friedliche Transformationsprozesse zu unterstützen, nun schlecht beraten, darauf eine „angstgetriebene Politik der Abschottung gegen die Region und ihre Menschen“ folgen zu lassen. Zu einem realistischen Blick auf die Lage gehöre aber auch, sich klarzumachen, dass mit einem schnellen Ende der Konflikte und Kriege nicht zu rechnen sei.

Als wegweisend sieht Perthes die diplomatischen Bemühungen an, die in das Atomabkommen mit dem Iran mündeten. Die 13 Jahre, die es bis zum Abschluss brauchte, sind nicht nur eine gute zeitliche Messlatte für alle Diplomatie, die da kommen mag, auch ist das Abkommen überhaupt die Voraussetzung für weitere Verhandlungen, vor allem, wenn es um Syrien und den Irak geht.

„Ein Essay“, steht auf dem schmalen Buch, aber ein moralisierender ist es nicht. Wie Kurt Tucholsky es sich vom Essayisten wünschte, auch wenn er gegen die großsprecherische „Zeitenwende“ sicher geätzt hätte, drückt Perthes die verwickel-

Die Konfessionalisierung der Konflikte in der Region hält Perthes momentan für unabänderlich

ten Dinge einfach aus und lässt seine Leser aufs Angenehmste teilhaben an seinen gründlichen Überlegungen und am Durchspielen verschiedener Szenarien. Wem regelmäßig der Kopf brummt beim Auseinanderhalten der muslimischen Konfessionsgruppen, die sich als Islamischer Staat, Hisbollah, Muslim- oder sonstige Brüder wahlweise an die Gurgel gehen oder sich verbünden, findet hier Erleichterung.

Die Konfessionalisierung der Konflikte in der Region, deren Förderung durch die autoritären Regime er übersichtlich schildert, hält Perthes zumindest momentan für unabänderlich. Und ohne eine stärkere Machtteilung in allen fraglichen Staaten, ohne mehr Teilhabe aller Bevölkerungsteile und -schichten mache man den Truppen des Islamischen Staats die Ausbreitung leicht. Ansonsten lasse sich der Islamische Staat aber nur militärisch besiegen.

Das darf man nicht verstehen als Bevormundung der lokalen Akteure. Perthes steht für einen zwar von demokratischen Werten geprägten, aber dennoch zutiefst pragmatischen und insofern antipaternalistischen

außenpolitischen Zugang. Es überrascht trotzdem, dass er am Ende mit dem Iran und Saudi-Arabien ausgerechnet die totalitärsten der dortigen Nationen am Zug sieht: Sie seien „die wichtigsten Antagonisten auf der regionalen Bühne“ und die zugleich stärksten funktionierenden Staaten in Nahost.

Selbstverständlich sieht auch er beide als Teil des Problems an. Wenn man auf ihre Politiker einwirke, sollten auch die wichtigsten Menschenrechtsverletzungen auf den Tisch. Doch es muss dahin kommen, meint Perthes, dass die beiden nicht mehr sämtliche umliegenden Länder destabilisieren und sich allerorten gegenseitig in die Parade fahren. Ohne ihr Zutun sei kein Ende des Kriegs in Syrien, sei keine Lösung in der Region zu haben. Nur der Iran und Saudi-Arabien seien fähig, die Stützen eines regionalen Systems kollektiver Sicherheit zu werden. Ist die Lage derart desolat, dass man zwei Böcke als Gärtner machen muss? Da kann sich schon mal ein Haufen Entspannungsdiplomaten in Schale werfen.



Volker Perthes: „Das Ende des Nahen Ostens, wie wir ihn kennen“. Suhrkamp, Berlin 2015, 144 Seiten, 14 Euro

ANZEIGE

makk
Kunst und Design

MUSEUM FÜR ANGEWANDTE KUNST KÖLN

LOOK! MODEDESIGNER VON A BIS Z

Die Sammlung des MAKK

19. September 2015 – 28. Februar 2016

makk.de

SOZIALE KÄMPFE Seit dem Ende von Revolution und Bürgerkriegen ist es still um Mittelamerika geworden. Ein Sammelband gibt Einblick in die gegenwärtige Situation

Immer wieder aufbrechen

Bananen prägen die Geschichte Mittelamerikas. In Guatemala, aber auch in Belize, Costa Rica, Honduras, Panama und Nicaragua ist die krumme Frucht eine wichtige Cash Crop. Nur im bergigen El Salvador hat sich die Plantagenwirtschaft nicht so durchgesetzt wie im Rest Mittelamerikas.

Gleichwohl werden die sieben Länder zwischen dem Río Suchiate, der die Grenze zwischen Mexiko und Guatemala markiert, und dem Darién Regenwald an der Grenze zwischen Panama und Kolumbien immer noch als Bananenrepublik bezeichnet. Korruption

und illegale Absprachen mit den USA, deren Geheimdiensten und den Bananenkonzernen haben den Begriff geprägt, der erstmals auf Honduras angewandt wurde. Dort unterstützten die USA 1907 eine korrupte Diktatur, die die Interessen der United Fruit Company gegen die Arbeiter durchsetzte.

Bananen zählen immer noch zu den wichtigsten Exportprodukten, und an sozialen Konflikten und Kämpfen für mehr Grundrechte fehlt es auch heute nicht, wie die 15 Autoren von „Engagiert – resistent – bedroht“ zeigen. Der Sammelband, herausgegeben von Ina Hilse und Kirstin Büttner, will eine Lücke

füllen knapp zwanzig Jahre nach dem Ende des bewaffneten Konflikts in Guatemala, denn es gibt kaum fundierte Literatur über die Region.

Zwischenzeitlich sind die Vorzeichen für die soziale Entwicklung nicht besser geworden, wie Gaby Küppers in ihrem Beitrag über das Assoziationsabkommen Zentralamerikas mit der EU darstellt. Darin geht die handelspolitische Referentin der Grünen in Brüssel auf die Fallstricke der Freihandelsabkommen ein, die die Bedingungen für die Entwicklungsländer eher verschlechtern.

Ein Dilemma, unter dem auch das einst für seine Sozialpolitik

als Schweiz Lateinamerikas gerühmte Costa Rica zu leiden hat. Das bekommen dort vor allem die Migranten zu spüren. Die kommen aus Panama, Nicaragua und El Salvador und placken sich in der Plantagenwirtschaft, auf dem Bau oder in den privaten Haushalten oft unter prekären Bedingungen ab, so schildern es Sebastian Huhn und Torge Löding in ihrem Beitrag über die Mutation der „zentralamerikanischen Schweiz zum neoliberalen Regelfall“.

Ernüchternd ist dabei die Tatsache, dass die Gewerkschaften mit allerlei perfiden Mitteln ausgebremst werden. In Costa Rica unter anderem

mit der Neugründung von Gewerkschaften unter Unternehmensregie, in Guatemala und Honduras mit systematischem Outsourcing und der Ermordung von Gewerkschaftsrepräsentanten. Dadurch ist in Guatemala der gewerkschaftliche Organisationsgrad auf 1,6 Prozent der Arbeitnehmer gesunken, schreibt Barbara Müller in ihrem Beitrag.

Dabei scheint sich die Geschichte im Kleinen zu wiederholen: 1954 wurden die Bananenarbeiter beim Putsch der Eliten gegen den sozialistischen Präsidenten Jacobo Árbenz blutig unterdrückt und heute führen die Gewerkschaften im Bananensektor wieder einen Überlebenskampf.

Doch neue Entwicklungen wie die Demonstrationen gegen die Korruption in Guatemala, die Proteste gegen den Ausverkauf der Naturreichtümer in

Costa Rica und Belize oder die vielfältige Widerstandsbewegung FNRP in Honduras zeigen auch, dass die sozialen Bewegungen aktiv sind. Ein Aspekt, auf den die Autoren besonders geachtet haben. Das sorgt dafür, dass „Engagiert – resistent – bedroht“ nicht nur die Lücke in der Berichterstattung über Mittelamerika schließt, sondern auch Perspektiven für die Zukunft aufzeigt. **KNUT HENKEL**

Ina Hilse, Kirstin Büttner (Hg.): „Engagiert – resistent – bedroht. Handlungsspielräume und Perspektiven sozialer Bewegungen in Mittelamerika“. Schmetterling Verlag, Stuttgart 2015, 212 S., 14,80 Euro

